



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Medienspiegel Kalenderwoche 43 / 2014

- Wirtschaftswoche "Wer keine Ahnung von Geschichte hat, dem hilft auch Wikipedia nicht weiter"
- Tagblatt, 20. Oktober 2014, Auch SVP will Maturitätsquote nicht erhöhen
- Tagblatt, 21. Oktober 2014, «Lehrer fühlen sich als Deppen»
- NZZ, 22. Oktober 14 «Die Kantone sind handlungsfähig»
- Urnerwochenblatt, 23.10.14; Lehrplan 21 ist im Landrat umstritten
- Beobachter 21, 17.10.14, Sonderpädagogik - Kinder in der Korrigiermühle
- Tagblatt, 24. Oktober 2014, Lehrplan 21 gibt zu reden
- Motion SVP-Fraktion: 42.14.08 «Austritt aus dem HarmoS-Konkordat – Nur noch eine Fremdsprache in der Primarschule
- Antrag der Regierung vom 14. Oktober 2014 Austritt aus dem HarmoS-Konkordat
- Motion SVP-Fraktion: «Genehmigung des Lehrplans durch den Kantonsrat
- Antrag der Regierung vom 14. Oktober 2014 Genehmigung des Lehrplans durch den Kantonsrat
- 20 Minuten, 24.10.14: Jeder dritte Gymi-Schüler hat einen zu tiefen IQ
- 20 Minuten, 24.10.14: Kulturschock für Expats an Schweizer Schulen
- Tagblatt Online, 25. Oktober 2014, Lehrer sind nun doch für neuen Lehrplan
- Leserbrief Tagblatt: 25.10.14
- Tagblatt Online, 26. Oktober 2014, «Nicht im stillen Kämmerlein»

Sind Sie schon Mitglied in unserem Verein? Anmeldung an: info@starkevolksschulesg.ch

Unterstützen Sie unsere Bemühungen mit einem finanziellen Beitrag auf PC-Konto **61-562879-4** (IBAN: CH 48 0900 0000 6156 2879 4), für unsere Kinder - besten Dank



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Wirtschaftswoche

Philosoph Konrad Paul Liessmann

"Wer keine Ahnung von Geschichte hat, dem hilft auch Wikipedia nicht weiter"

In seiner Streitschrift „Geisterstunde. Praxis der Unbildung“ rechnet der Philosoph Konrad Paul Liessmann mit den Moden des Nichtwissens ab. Ein Gespräch über PISA, Bologna und Adam und Eva.

von Ferdinand Knauf



Konrad Paul Liessmann ist Professor für Philosophie an der Universität Wien und wissenschaftlicher Leiter des Philosophicums in Lech.

WirtschaftsWoche Online: Herr Liessmann, Ihr neues Buch heißt 'Praxis der Unbildung'. Wissen wir alle zu wenig?

Konrad Paul Liessman: Mir geht es nicht um Unbildung in dem Sinne, dass man zu wenig gelesen hat oder vieles nicht weiß. Wir wissen alle immer zu wenig. Es gab immer mehr in den Archiven und Bibliotheken, als man als einzelner wissen kann. Mir geht es um die Begriffsverwechslung, die darin besteht, dass man uns bestimmte Einrichtungen und Entwicklungen als Bildung verkaufen will, obwohl es sich dabei um Dinge handelt, die die Idee der Bildung sabotieren und zerstören.

WirtschaftsWoche: Ihr Buch ist eine Streitschrift. Die schreibt man, weil man wütend ist. Was ist der Anlass für Ihre Wut?

Mich hat die Hörigkeit gegenüber der PISA-Ideologie wütend gemacht, die Ausrichtung des gesamten Bildungssystems in Deutschland und Österreich an einem höchst fragwürdigen Test. Der zweite Grund, der auch schon für mein Vorgängerbuch „Theorie der Unbildung“ eine große Rolle spielte, ist die so genannte Bologna-Reform der Universitäten. Dazu kommt noch die Kompetenzorientierung in den Studien- und Lehrplänen, die ich sehr kritisch sehe.

Also das Ersetzen des Bildungszieles Wissen durch Fähigkeiten.

Keiner weiß genau, was diese Kompetenzen bedeuten. Sie sind höchst fragwürdig, völlig schwammig, ideologisch aufgeladen und beliebig.

Wie kam es dann dazu, dass man sie für so wichtig hält?

Das kommt historisch eher aus der Wirtschaft. Ursprünglich bedeutet Kompetenz so etwas wie Zuständigkeit. Ein Minister kann sagen: Dieses Thema fällt nicht in meine Kompetenz. Aber so wird das Wort kaum noch verwendet. Der heutige Kompetenzbegriff entstand im Zuge der Taylorisierung von Arbeitsprozessen. Also durch den Versuch, nicht nur zu messen, wie lange es dauert, bis ein Arbeiter bestimmte Arbeitsschritte vollzogen hat, sondern auch zu bestimmen, wie diese Leistungen verbessert werden können - indem man die zugrunde liegenden Fähigkeiten beobachtet und dann den Arbeiter schult und optimiert. Der Gedanke dahinter ist also, den Menschen aufzusplitteln in einzelne, isoliert zu bewertende Fähigkeiten.

Kompetenzorientierung heißt also Bildungsziele und -ergebnisse in Zahlen auszudrücken.

Es ist skurril, dieses Bedürfnis nach Quantifizierung und einer analytischen Zergliederung. Der neue Schweizer "Lehrplan 21" für Grundschulen zum Beispiel listet auf 500 Seiten rund 4500 Kompetenzen auf, die die Sechs- bis Elfjährigen erwerben sollen. Jede Regung des Schülers wird als Kompetenz definiert und soll überprüft werden. Aber natürlich kann das niemand, weil niemand wirklich weiß, was solch eine Kompetenz überhaupt ist, geschweige denn wie diese gemessen werden soll.



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Die PISA-Macher von der OECD behaupten, dass sie es können.

Aber sie können es nicht. Ein Beispiel: Zentral in allen Lehrplänen in Deutschland und Österreich ist die so genannte Selbstkompetenz. Wie ist die überhaupt definiert? Wann ist ein Schüler selbstkompetent entsprechend der acht Niveaus, die die EU vorgibt? Wenn er sich selbst anziehen kann? Selbst essen kann? Sich verlieben kann? Das ist doch unsinnig. Wie will man das bewerten? Oder nehmen wir die so genannte Reflexionskompetenz. Wenn ein Sechsjähriger sagt: „Ich sehe das nicht so“ - ist der dann schon reflexionskompetent? Oder wenn ein 18-Jähriger sagt, dass er dieses oder jenes oder auch gar nichts denkt? Hier ist der Ideologisierung der Schule Tür und Tor geöffnet.

Wie erleben Sie als Hochschullehrer konkret die Praxis der Unbildung? Und was tun Sie selbst dagegen?

Oasen der Bildung gibt es nicht mehr. Das ist auch ein Grund, warum ich diese Streitschrift geschrieben habe. Wir erleben an der Universität die Praxis der Unbildung etwa in Form der Rahmenstudienpläne. Ich habe es immerhin geschafft, dass aus dem für die Lehramtsstudenten in Philosophie die Kompetenzorientierung gestrichen wurde. Ich habe gesagt: Nur über meine Leiche. Das wollte man dann doch nicht.

Wenn ich mit Lehrern und Professoren über PISA oder die Bologna-Reformen spreche, äußern die fast immer ähnliche Ansichten wie Sie. Aber öffentlich wehren sie sich kaum dagegen.

Ja, das ist leider so. Ich finde es auch erstaunlich, wie passiv und resigniert die deutschen Universitäten den Bologna-Prozess über sich ergehen lassen und vieles noch in vorseilendem Gehorsam exzessiv verschärfen. Obwohl es keines besonderen Mutes für einen Professor bedarf zu sagen: Ich mache nicht mit. Oder: Das finde ich falsch. Ich wollte gerade nicht zu denen gehören, die nur hinter vorgehaltener Hand klagen. Darum habe ich dieses Buch geschrieben. Auch um andere zu ermutigen, ihr Unbehagen zu artikulieren.

"Selbst Grundkenntnisse abendländischer Kultur fehlen"

Wie unterscheiden sich die Studenten, die heute an die Uni kommen, von den früheren?

Ich will das nicht pauschalisieren. Nicht alle sind prinzipiell ungebildet. Viele können heute zum Beispiel besser Fremdsprachen als vor 20 oder 30 Jahren. Ein gewisses Maß an Kompetenzorientierung gerade im Sprachunterricht ist auch durchaus sinnvoll. Aber ich wehre mich dagegen, dass man das allen Fächern überstülpt. Vor allem jenen Fächern, in denen es nicht um Fähigkeiten, sondern um Inhalte geht. Ein Geschichtsunterricht, in dem keine historischen Ereignisse mehr vorkommen, ist kein Geschichtsunterricht.

Müssen Sie Ihren Erstsemester-Studenten also zunächst mal erklären, wer Kant und wer Hegel waren?

Selbst die großen Namen der Geistesgeschichte kann man nicht mehr als bekannt voraussetzen. Man muss ihnen oft sogar erklären, wer Adam und Eva waren, weil selbst Grundkenntnisse der abendländischen Kultur fehlen.

Dafür gibt es, könnte man einwenden, heute Google und Wikipedia.

Wenn sie bei Google etwas finden, fehlt ihnen aber oft das Wissen, um es richtig einzuordnen. Wer überhaupt keine Ahnung hat von jüdisch-biblischer Geschichte, dem hilft auch der Wikipedia-Artikel über König David so gut wie gar nicht. Die Studenten stöhnen auch schon, wenn sie einen Ausschnitt von 20 Seiten lesen sollen. Neugierde darauf, wie ein Gedanke in einem Text entwickelt wird, gibt es nicht mehr. Sie wollen gleich das Ergebnis haben, möglichst knapp und effizient. Das entspricht dem Zeitgeist der Unbildung: Keine geistigen Ressourcen verschwenden. Es gibt aber keinen Geist ohne Verschwendung!

Ein akademisches Studium also, das ganz nach ökonomischen Kriterien ausgerichtet ist.

Deswegen drehen sich viele Debatten über Bildungsinhalte um die Frage: Werden die Schüler das in 15 Jahren noch brauchen? Dabei ist jeder anmaßend, der beurteilen zu können glaubt, was wir in 15 Jahren noch anwenden werden. Wir wissen das ebenso wenig, wie man vor 15 Jahren wusste, was wir heute brauchen.

Was sollte stattdessen ein Kriterium für das Lehrangebot sein?

Ich plädiere für die Vermittlung jenes Wissens, von dem man ahnen kann, dass es sich nicht so bald überlebt, weil es schon bisher die Zeiten überdauert hat. Ich bin nicht so sicher, ob man den frisch



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

gekürten Literaturnobelpreisträger Patrick Modiano in 200 Jahren noch lesen wird. Aber ich bin ziemlich sicher, dass man Sophokles und Shakespeare in 200 Jahren noch lesen wird.

Erzeugt eine von der Ökonomie beherrschte Gesellschaft Unbildung oder ist es umgekehrt:

Macht erst die wachsende Unbildung die allgemeine Ökonomisierung möglich?

Beides schaukelt sich gegenseitig auf. Es gehört schon ein gerütteltes Maß Unbildung dazu, in quantifizierenden Verfahren wie PISA einen Fortschritt zu erkennen. Bei vielen dieser Leute fehlt eine Idee von Bildung. Die haben einfach keine Ahnung. Viele Humboldt-Kritiker haben ihn nie gelesen.

Gehört zu den negativen Folgen der Ökonomisierung auch die Zunahme privater Schulen und Hochschulen?

Meine Sorge betrifft nicht die Frage, wer Bildungsinstitutionen finanziert. Das können Private genauso wie der Staat. Mir geht es um diese Scheinökonomisierung durch die Einführung künstlicher Wettbewerbe mit Vergleichstests. Man tut so, als seien Schulen und Universitäten Dienstleistungsunternehmen. Das sind sie natürlich nicht. Man tut so, als seien Studenten Kunden. Das sind sie natürlich nicht. An einer richtigen Universität sind alle mehr oder weniger Mitglieder einer Lern-, Lehr- und Forschungsgemeinschaft. Wir stülpen also dem, worum es geht und was gemacht wird, Begriffe über, die nicht angemessen sind. Wenn man dann mit Regeln aus der Wirtschaft kommt, die ganz andere Zwecke haben, knirscht es an allen Ecken und Enden. Dann kommen perverse Ergebnisse heraus.

"Das System der Credit Points ist unsinnig"

Zum Beispiel?

Es verändert das Bewusstsein. Als ich als Student an die Universität kam, habe ich aufgeatmet: Freiheit! Ich habe mich auch sofort ernst genommen gefühlt als Mitglied einer neugierigen, forschenden, diskutierenden Gemeinschaft. Aber wenn man als Kunde behandelt wird, lehnt man sich zurück und sagt: Was habt ihr mir zu bieten? Und die Studenten sind enttäuscht, weil sie nicht mehr wissen, was es heißt, Student zu sein.

Also weg mit dem Wettbewerb?

Wettstreit gab es immer in der Wissenschaft. Sich gegenseitig zu kritisieren, ist die authentische Form akademischen Wettbewerbs. Aber eben nicht das Zählen von Aufsätzen in bestimmten Journals mit bestimmtem Impact Factor. Ludwig Wittgenstein, einer der einflussreichsten Philosophen des 20. Jahrhunderts, hat überhaupt nur ein Buch veröffentlicht. Der hätte heute keine Chance.

Ihre Bücher sind Bestseller, werden in den Medien diskutiert. Gibt es darauf aus der Bildungspolitik Reaktionen?

Meine kritischen Überlegungen werden wohl wahr-, aber vielleicht nicht wirklich ernst genommen. Mit dem früheren österreichischen Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle, einem Altphilologen, bin ich befreundet. Er stimmte mir zu, dass das System der Credit-Points für Studenten unsinnig ist. Aber er könne nichts machen, sagte er, da es einen europaweiten Konsens dafür gebe. Bei anderen habe ich den Eindruck, die verfolgen ein bildungspolitisches Programm, das oft parteiideologisch geprägt ist. Auf kritische Fragen lässt man sich nicht ein. Mecklenburg-Vorpommerns Bildungsminister Mathias Brodtkorb mit seiner Skepsis gegen die Kompetenzorientierung ist eine positive Ausnahme.

Nehmen wir mal an, ein Bundeskanzler käme auf die Idee, Sie zum Minister zu machen!

... was ich gar nicht sein will...

...oder Sie könnten hinter den Kulissen die Bildungspolitik bestimmen, was wäre zu tun?

Die Bologna-Reformen an den Universitäten so weit wie möglich rückgängig machen! Vor allem das europäische Credit-Points-System ECTS und die Modularisierung der Lehrveranstaltungen würde ich abschaffen beziehungsweise lockern. Das hat zu einer völligen Verwilderung der Studienfächer geführt. Ich würde die Kompetenzorientierung aus den Schullehrplänen streichen und zu einem an Inhalten orientierten Unterricht zurückkehren. Und an den Grundschulen zu einer Didaktik, mit der die Kinder wirklich Lesen und Schreiben lernen.

Viele Bildungsforscher und -politiker halten Sie vermutlich für einen Reaktionär.

Die modischen Methoden kritisch unter die Lupe zu nehmen, heißt nicht, den Rohrstock wieder einzuführen. Als ob die einzige Alternative die Schule des 19. Jahrhunderts wäre! Es muss doch ein



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Unterricht möglich sein, in dem Grundschüler auf freundliche und sanfte Art darauf aufmerksam gemacht werden, dass sie ein Wort falsch geschrieben haben. Es gibt ein Maß an scheinbarer Kinderfreundlichkeit, die eigentlich eine Kinderfeindlichkeit ist, weil sie die Kinder um Chancen betrügt. Und wenn Reformen das Gegenteil des Intendierten hervorbringen, dann ist ein Rückbau nicht reaktionär, sondern ein Gebot der Klugheit. Niemand, der sein Auto in eine Sackgasse manövriert, hält Umdrehen für reaktionär!

Viele Eltern fürchten nicht so sehr die verpassten Bildungschancen ihrer Kinder, sondern wollen vor allem, dass die Kinder gute Chancen fürs Berufsleben haben.

Die Grundlagen für eine gute Bildung sind, glaube ich, auch gute Grundlagen dafür, in der Arbeitswelt nicht unterzugehen. Die Idee einer qualifizierenden Berufsausbildung und die einer humanistischen Bildung schließen sich nicht aus. Das hat schon Humboldt so gesehen. Die Auseinandersetzung des Menschen mit sich selbst und der Welt ist nicht ein eigener Bildungsweg im Gegensatz zu beruflicher Ausbildung. Bildung geht, wie Humboldt sagt, auch jeden Schuster an.

Was ist denn der wesentliche Unterschied zwischen Ausbildung und Bildung?

Der Philosoph Peter Bieri hat das so beschrieben: Ausbilden können uns andere, mit dem Ziel etwas zu können. Bilden kann ich mich letztlich nur selbst, mit dem Ziel zu erkennen, wie ich in der Welt stehe. Menschen, die nur ausgebildet werden und sich nie mit etwas befassen können, werden um die Chance betrogen, Dinge und Menschen um ihrer selbst Willen wahrzunehmen und schätzen zu lernen. Ich möchte nicht in einer Gesellschaft leben, in der alles und jeder ständig nur auf seinen Nutzen hinterfragt wird. Ich möchte nicht in einer Gesellschaft leben, in der Menschen im Museum sich fragen: Trägt dieses Bild zu meiner visuellen Kompetenz bei? Ich möchte, dass Menschen beeindruckt, erschüttert, berührt vor einem Rembrandt oder Van Gogh stehen und sich sagen: Wie wunderbar in einer Welt zu leben, in der etwas so Schönes und doch Irritierendes erschaffen wurde. Und es ist völlig egal, ob dieser Mensch Bauarbeiter, Informatiker oder Universitätsprofessor ist.

Philosoph Konrad Paul Liessmann: "Wer keine Ahnung von ...
<http://www.wiwo.de/politik/deutschland/philosoph-konrad-pau...>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Tagblatt, 20. Oktober 2014, **Auch SVP will Maturitätsquote nicht erhöhen**

ST. GALLEN. Im Kanton St. Gallen wehrt sich nach der FDP auch die SVP gegen eine Erhöhung der Maturaquote. Eine solche hatte BDP-Präsident Richard Ammann gefordert. «Die BDP vermischt die Diskussion um die Kantonsschulstandorte mit der Forderung nach einer höheren Maturitätsquote. Diese Offensive ist mehr als nur fragwürdig, steht die tiefe Gymnasialquote im Kanton St. Gallen doch stellvertretend für den Erfolg unseres Bildungssystems», heisst es in einer Medienmitteilung der SVP.

«Qualität würde gesenkt»

Die BDP verkenne die Tatsache, dass durch einen erleichterten Zutritt zu den St. Galler Gymnasien auch die Ausbildungsqualität gesenkt würde, schreibt die SVP. Eine hohe Gymnasialquote stelle keinen Garant für Vollbeschäftigung dar. «In Ländern mit einem hohen Anteil an Akademikern herrscht oft auch eine hohe Arbeitslosigkeit. Dies zeigt sich auch im innerschweizerischen Vergleich. In Kantonen der Westschweiz mit einem sehr hohen Anteil an Gymnasiasten ist auch die Arbeitslosenquote massiv höher.»

Duales System fördern

Es gelte, vor allem der dualen Berufsbildung mehr Beachtung zu schenken, so die Ansicht der SVP. «Die Lehre mit Berufsmatura eröffnet den Zugang zu Fachhochschulen, und auch ohne Berufsmatura werden für unsere Volkswirtschaft sehr wichtige Berufsfachleute an Höheren Fachschulen aus- und weitergebildet.» Diese Angebote müssten mindestens ebenbürtig gefördert und noch attraktiver gemacht werden.

Die SVP begrüsst die Tatsache, «dass eine höhere Gymnasialquote im Kanton St. Gallen weder ein anzustrebendes Ziel der Regierung, des Erziehungsrates noch des Bildungsdepartementes ist».

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/ostschweiz/tb-os/Auch-SVP-will-Maturitaetsquote-nicht-erhoehen:art120094,3992120>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Tagblatt, 21. Oktober 2014

«Lehrer fühlen sich als Deppen»



Mathias Binswanger Professor für Volkswirtschaftslehre (Bild: pd)

Mitte November präsentiert die Erziehungsdirektorenkonferenz der Deutschschweiz den überarbeiteten Lehrplan 21. Ökonom Mathias Binswanger rät aber, die Übung ganz abzublasen. Bloss abspecken reiche nicht.

Mathias Binswanger, in mehreren Kantonen, zuletzt St. Gallen, wurden Initiativen gegen die Einführung des Lehrplans 21 lanciert. Überrascht Sie der Widerstand?

Mathias Binswanger: Nein. Es hat mich höchstens erstaunt, dass er sich nicht früher formiert hat. Erst nachdem im Kanton Baselland kritische Stimmen laut wurden, realisierte eine breite Öffentlichkeit, dass die Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz mit dem Lehrplan 21 ein zwar gigantisches, aber praxisuntaugliches Werk installieren will.

Aber es macht doch Sinn, schweizweit einheitliche Lernziele zu definieren.

Binswanger: Aber nicht so, wie das im Lehrplan 21 geschieht. Es ist ein Wahnsinn, auf 557 Seiten 4753 Kompetenzen zu formulieren. Es ist ein Wahnsinn, den Unterricht von oben herab bis in jedes Detail zu steuern und die Lehrer mit detailliert formulierten Kompetenzen zu normieren. Eine Vereinheitlichung hat ihren Preis. Wenn die Lehrer, deren Beruf ohnehin schon an gesellschaftlichem Prestige verloren hat, ihren Unterricht nicht mehr frei gestalten dürfen, dann sinkt ihre Motivation, der Lehrerberuf wird noch unattraktiver. Falsch ist sodann der Weg hin zur sogenannten «Kompetenzorientierung». Man kann nicht kompetent sein ohne Wissen.

Ist die Aneignung von Kompetenzen nicht wichtiger als das «Herunterratern» von Fakten und Daten?

Binswanger: Niemand fordert, man müsse in der Schule einfach Wissen pauken. Aber ohne Grundwissen kann ein Schüler weder kompetent noch urteilsfähig sein. Es hilft, wenn ein Schüler das Einmaleins kann, es hilft, wenn er weiss, wann der Erste und der Zweite Weltkrieg stattgefunden haben. Wenn man sich in einer Fremdsprache verständigen will, muss man Wörter kennen.



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Schliesslich kann man während eines Gesprächs nicht ständig auf dem iPhone nach Übersetzungen suchen. Lernen kann nicht immer Spass machen und ist manchmal auch hart. Man muss sich manchmal Dinge aneignen, die einen zunächst nicht interessieren. Es reicht nicht, die Kompetenz zu haben, Fakten im Internet zusammenzugooelen.

Was haben Sie dagegen, dass Schüler «verantwortungsbewusst Konsumentenscheide» fällen oder «Verfremdungen religiöser Traditionen» aufschlüsseln sollen, wie es im Lehrplan 21 heisst?

Binswanger: Das sind nichtssagende Worthülsen, von denen der Lehrplan 21 nur so strotzt. Bevor man grosse Diskussionen über religiöse Traditionen führen kann, muss man zuerst ein wenig die Bibel kennen. Man muss wissen, worüber man urteilt. Ein «verantwortungsvoller Konsumentenscheid» ist für einen Schüler bloss eine Expertenfloskel. Gemäss Lehrplan 21 müssen Schüler zwischen der 3. und 6. Primarklasse Umbrüche in Wirtschaft und Politik in den Zusammenhang zu Veränderungen der Arbeitswelt stellen. Man soll also in diesem Alter etwa die Folgen der Industrialisierung und Globalisierung durchschauen. Oder die Primarschüler sollen den Gebrauch von Sagen und Mythen in der aktuellen Gegenwart kritisch reflektieren und deren Verwendung im politischen Diskurs erkennen. Solche Kompetenzen sind vollkommen an den Schülern vorbei formuliert. Man soll ergo hochtrabende Debatten in Schulstuben inszenieren, ohne die Fakten zu kennen. Das Resultat ist eine inhaltsleere Geschwätzkultur.

Gemäss empirischen Studien ist für den Lernerfolg die Persönlichkeit des Lehrers matchentscheidend. Was ziehen Sie daraus für eine Schlussfolgerung?

Binswanger: Dass Unterrichtsmethoden gar nicht so wichtig sind, das persönliche Engagement des Lehrers aber umso mehr. Aus diesem Grund brauchen die Lehrer eine gewisse Freiheit, damit sie den Unterricht so gestalten können, dass er auch ihnen Freude bereitet.

Die Entwicklung des Lehrplans 21 hat Millionen gekostet. Soll man jetzt die ganze Übung stoppen?

Binswanger: Es genügt jedenfalls nicht, den Lehrplan um 20 Prozent abzuspecken, wie es die Erziehungsdirektorenkonferenz nach der Kritik in der Vernehmlassung tun will. Ein Lehrplan soll nicht ein Monumentalwerk sein, das wie ein Kochbuch detaillierte Rezepte für den Unterricht vorschreibt. Ein Lehrplan sollte schlank sein und einige präzise formulierte Grundsätze erhalten. Man hat es verpasst, bei der Entstehung eine breite Lehrerbasis einzubringen. Die Mehrheit wusste nicht, was im stillen Kämmerlein ausgeheckt wird. Ich würde die Übung abblasen. Es macht keinen Sinn, etwas Schlechtes umzusetzen, nur weil es viel gekostet hat.

Was sollte ein Lehrplan enthalten?



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Binswanger: Man muss sicherstellen, dass die Mehrheit der Schüler in Mathematik und Sprachen, aber auch in musischen Fächern und beim Werken gewisse Grundfertigkeiten erwirbt. Informatik halte ich übrigens nicht für so wichtig, das lernen die Schüler daheim ohnehin, und häufig können sie es besser als ihre Lehrer. Aber Inhalte wie der Satz des Pythagoras müssen vermittelt werden.

Hand aufs Herz: In der Praxis wird der Lehrplan 21 kaum viel ändern.

Binswanger: Er wird sich zu einem grossen Teil selbst aushebeln, weil er zu viele Vorgaben enthält. Aber der Lehrplan atmet einen unseligen Geist. Er ist von Misstrauen geprägt gegenüber den Lehrern und trägt dazu bei, dass sie sich als Deppen fühlen, weil sie angeblich nicht selbst entscheiden können, mit welchem Unterrichtsstil die Lernziele am besten erreicht werden.

<http://www.tagblatt.ch/aktuell/schweiz/tb-in/Lehrer-fuehlen-sich-als-Deppen:art120101,3993366>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

NZZ, 22. Oktober 14 «Die Kantone sind handlungsfähig»

Interview: Michael Schoenenberger 22.10.2014, 05:30 Uhr



Die kantonalen Erziehungsdirektoren verwahren sich gegen Interventionen des Bundes im Sprachenstreit. (Bild: Christian Beutler / Keystone)

Kantone erfüllen das Harmos-Konkordat, auch wenn sie den Lehrplan 21 nicht umsetzen. Dies stellt Hans Ambühl, Generalsekretär der Erziehungsdirektorenkonferenz, im Gespräch mit der NZZ klar.

Herr Ambühl, es gibt Bundespolitiker, die den Sprachenstreit auf Bundesebene regeln wollen. Haben Sie Freude daran?

Mir als Föderalisten macht das keine Freude. Es ist auch nicht nötig, jetzt über eine Intervention des Bundes im Bereich der Harmonisierung der obligatorischen Schule laut nachzudenken. Denn die Kantone erstellen momentan die Bilanz dazu. Diese wird sämtliche Eckwerte umfassen, welche die Bundesverfassung zu harmonisieren verlangt. Sie wird Mitte 2015 vorliegen und ist abzuwarten.

Die zuständige Bildungskommission des Nationalrats macht aber Druck auf die kantonalen Erziehungsdirektoren.

Es geht vorwärts: Derzeit wird das Sprachenkonzept der EDK in 23 Kantonen umgesetzt. So etwas braucht im Bildungssystem Zeit.



Hans Ambühl(Keystone)

Aber es gibt doch heftige Opposition gegen das EDK-Modell 3/5, also den Unterricht von zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe ab der 3. und 5. Klasse.



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Es gibt Debatten. Aber man darf die Übungsanlage nicht ändern, bevor sie überhaupt ordentlich eingeführt und evaluiert worden ist.

Die Bundesverfassung verpflichtet die Kantone, die Ziele des Fremdsprachenunterrichts zu harmonisieren. Einzelne Kantone dürfen nicht ausscheren.

Ja, ein Ausbrechen einzelner Kantone steht im Widerspruch zur Harmonisierungspflicht der Verfassung. Deswegen sind wir auch herausgefordert.

Wie erklären Sie sich den Druck, den Bundespolitiker machen. Ist das alles nur Profilierung?

Das kann ich nicht sagen. Jedenfalls sind es unterschiedliche Einschätzungen. Bei der erstmaligen Umsetzung der Bildungsverfassung ist ein geordnetes Vorgehen äusserst wichtig, es geht auch um den Stil und die Respektierung der Rollen der Beteiligten. Was es sicher nicht braucht, sind Ultimaten an die Adresse der EDK und der Kantone.

Hat die EDK eine Präferenz, wenn auf der Primarstufe nur noch eine Fremdsprache unterrichtet würde?

Das zeichnet sich unseres Erachtens nicht ab. Für die EDK ist überdies völlig klar, dass der Unterricht einer zweiten Landessprache auf der Primarstufe beginnen soll. Es wäre undenkbar, 4 Jahre lang angelsächsische Kultur und Sprache zu vermitteln und mit den Landessprachen erst auf der Sekundarstufe I zu beginnen. Das wäre nicht unser Verständnis eines mehrsprachigen Landes.

Zeigt das Beispiel der Sprachenfrage nicht idealtypisch auf, dass begonnene Harmonisierungen und Zentralisierungen stets nach weiteren Schritten rufen?

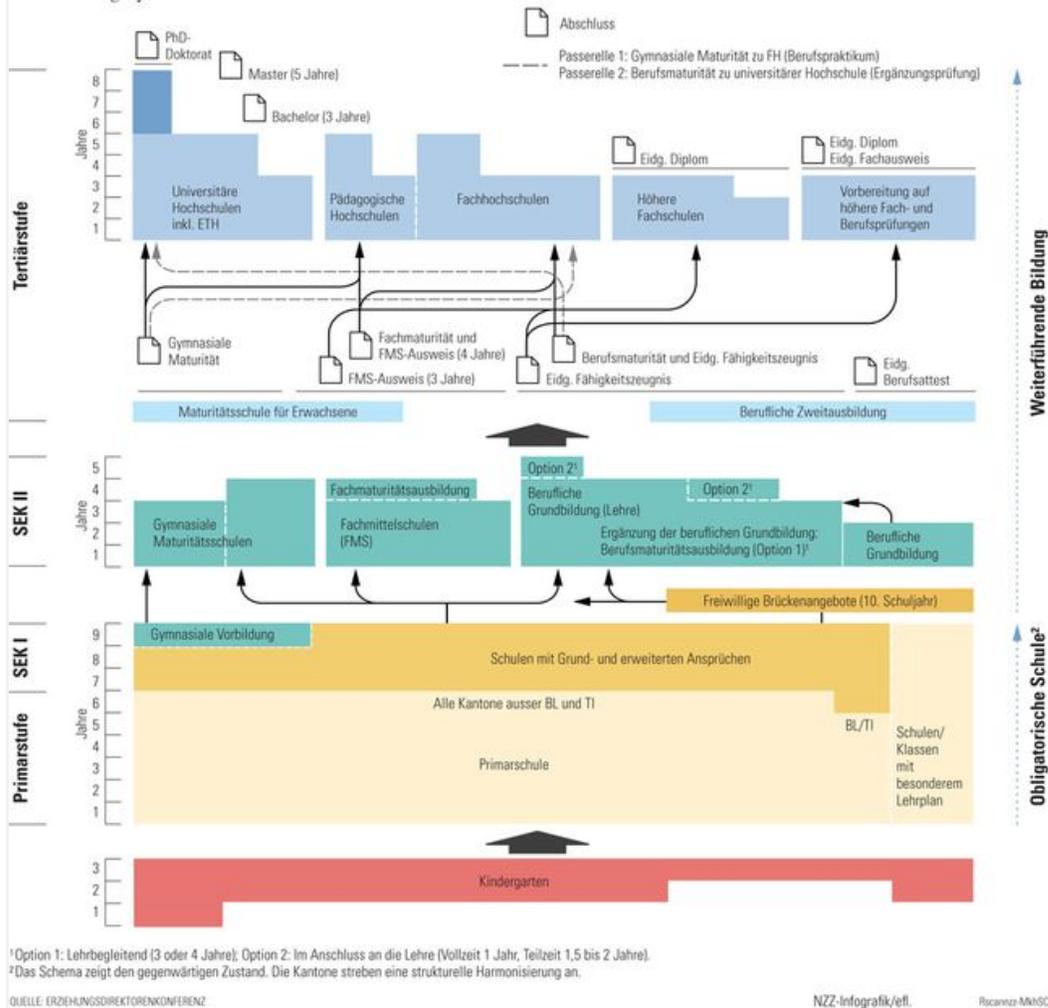


Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Das ausgesprochen subsidiäre Konzept, das wir im Bildungsbereich gewählt haben, zeigt gerade das Gegenteil. Schule und Bildung machen einen grossen Teil des heutigen Föderalismusverständnisses aus. Die Hoheit der Kantone ist gewahrt. Jedoch überschreiten die Menschen auf ihren Bildungswegen die kantonalen Grenzen schneller als früher. Die kantonalen Bildungssysteme müssen sinnvoll aufeinander abgestimmt werden. Das heisst aber nicht, dass sie zentral zu steuern wären. Für das Bildungsgeschehen ist besser gesorgt, wenn es dezentral verantwortet wird.

Das Bildungssystem in der Schweiz



Macht die Harmonisierung der letzten Jahre die Bildung besser?



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 St. Gallen
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Das würde ich so nie formulieren. Bildung und staatliches Engagement in der Bildung sind immer sehr abhängig von den Umständen einer jeweiligen Zeit. Wenn wir es so machten wie unsere Vorfahren vor hundert Jahren, die es gut machten, würden wir scheitern.

Derzeit gibt es Widerstand gegen Harmonisierungsbestrebungen. Hat die EDK zu viel harmonisiert?

Wenn ich das daran messe, wie wir bis vor wenigen Jahren von allen Parteien und Medien geradezu gedrängt worden sind, endlich umfassend zu harmonisieren, dann sicher nicht. Wir harmonisieren nur die wichtigsten Ziele und Strukturen der obligatorischen Schule.

Der Lehrplan 21 geht weit über einen reinen Zielbeschrieb hinaus. Wäre dem Verfassungsauftrag nicht Genüge getan mit den EDK-Grundkompetenzen?

Wie man den Verfassungsauftrag versteht, ist eine politische Ermessensfrage. Das Harnos-Konkordat sagt nur, dass die Zielharmonisierung, soweit sie über die gesamtschweizerisch definierten Grundkompetenzen hinausgeht, Sache der Sprachregionen ist. Das Konkordat schreibt keine sprachregionalen Lehrpläne vor, aber eine Harmonisierung der Lehrpläne innerhalb der Sprachregion. Jeder Kanton der Deutschschweiz bleibt frei, ob und wie er den Lehrplan 21 anwendet.

Ein Kanton muss also nur die EDK-Grundkompetenzen übernehmen, nicht aber den Lehrplan 21, um den Verfassungsauftrag zu erfüllen?

Ob dieser Kanton der Verfassung Genüge tut, ist eine Ermessensfrage. Denn die Verfassung ist auslegungsbedürftig in Bezug auf Weg und Ausmass der Zielharmonisierung. Aber dem Harnos-Konkordat würde der Kanton nachkommen, sofern er sich an die gesamtschweizerischen Grundkompetenzen hält und seinen Lehrplan innerhalb seiner Sprachregion abstimmt.



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 St. Gallen
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Mit der Harmonisierung geht Wettbewerb verloren. Wäre es nicht besser, die Kantone würden ihre eigenen Konzepte entwickeln, die aufgrund der Konkurrenz besser würden?

Wettbewerb gibt es weiterhin in vielen Bereichen. Denken Sie an die Schulorganisation, etwa die Eingangsstufe und die Gliederung der Sekundarstufe I. Zu nennen sind überdies Promotion und Übertrittsverfahren, die Sonderpädagogik, die Qualitätssicherung, das Schul- und Personalrecht. Das ist gut so.

Umgekehrt beklagen die Akademien der Wissenschaften Schweiz eine fehlende nationale Bildungsstrategie.

Dabei machen wir ja seit zehn Jahren genau, was die Akademien fordern. Wenn die Autoren der Publikation genau hingeschaut hätten, wäre ihnen das nicht entgangen. Neben der horizontalen Zusammenarbeit zwischen den Kantonen hat sich die vertikale zwischen Kantonen und Bund etabliert. Dazu gehört ein gemeinsames Bildungsmonitoring und der darauf basierende Bildungsbericht. Ausgehend von diesem Bericht, formulieren Bund und Kantone auch gemeinsame Ziele auf der Ebene des Gesamtsystems. Bildung ist in der Schweiz allerdings keine Verbundaufgabe, sondern eine gemeinsame Besorgung eines Systems mit unterschiedlichen Zuständigkeiten.

Müsste nicht die Ausbildung von Medizinerinnen als eine solche Verbundaufgabe definiert werden?

Das ist eines der wenigen Beispiele für eine Dysfunktion im Schweizer Bildungssystem. Wir haben die Aufgabe, den Widerspruch zwischen dem Ärztemangel und dem Numerus clausus aufzulösen. Ich will nicht ausweichen, aber es treffen hier mehrere Politikbereiche aufeinander. Es sind letztlich aus der Gesundheitspolitik herrührende Gründe, welche zum Numerus clausus führen. Klinische Ausbildungsplätze fehlen. Aber hier haben wir eine Zukunftsaufgabe, die es zu lösen gilt.



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Wird das neue Hochschulkoordinationsgesetz mit der Hochschulkonferenz ab 2015 Abhilfe schaffen?

Das hoffe ich. Übrigens sind das Hochschul- und das Stipendienkonkordat der beste Beweis, dass Konkordate funktionieren, auch politische Konkordate. Die Kantone sind handlungsfähig.

Ein weiteres Problem ist der Fachkräftemangel. Muss der Staat nicht besser und mehr steuern?

Das kann der Staat nicht. Wollen wir denn ein System wie in der DDR, die den Menschen vorgeschrieben hat, was sie zu studieren haben? Nein, das wollen wir nicht. Wir müssen mit Anreizen arbeiten und Kinder früh sensibilisieren, etwa für Naturwissenschaften und Technik. Mit einer zentralen Steuerung durch eine Behörde ist in einer liberalen Gesellschaft überhaupt nichts gewonnen.

Ein föderalistisches System mit hoher Durchlässigkeit

msc. · Das Schweizer Bildungssystem ist in Gemeinden und Kantonen und unter Einbezug privater Instanzen entstanden. Entsprechend ist es föderalistisch aufgebaut. Das so gestaltete Bildungssystem erhält auch international gute bis sehr gute Noten. Schweizer Schülerinnen und Schüler erreichen bei den Pisa-Tests jeweils die vorderen Ränge. Das Berufsbildungssystem steht – dank enger Verzahnung mit der Wirtschaft – für hohe Übernahmequoten: Die meisten Absolventen einer Berufslehre finden Anschluss auf dem Arbeitsmarkt. Einzelne Schweizer Universitäten zählen zur Weltspitze. Sorgen bereitet derzeit der Fachkräftemangel. Dessen Ursachen sind mannigfaltig und nicht primär im System zu suchen.

Bund, Kantone und Gemeinden teilen sich die Verantwortlichkeiten (siehe Grafik). Für den gesamten Bereich der Bildung, Forschung und Innovation (BFI) wurden im Jahr 2009 rund 62 Milliarden Franken ausgegeben. Davon entfielen rund 39 Milliarden auf die öffentliche Hand, 23 Milliarden auf Wirtschaft und Private. Die Kantone und Gemeinden übernehmen den Hauptbetrag: Sie



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

schulterten 2009 32,3 Milliarden Franken. Das entspricht 84 Prozent der öffentlichen Ausgaben. Der Bund steuerte 6,4 Milliarden bei, wobei der ETH-Bereich mit 2,4 Milliarden Franken den grössten Betrag zugesprochen erhielt. Die Bundesausgaben wachsen im Bildungs- und Forschungsbereich mit rund 5 Prozent überdurchschnittlich stark.

Das System kennzeichnet sich durch eine hohe Durchlässigkeit. Das heisst, jungen Menschen stehen nach einer bestimmten Schul- oder Ausbildungswahl fast alle Wege offen. Die Bundesverfassung schreibt die Durchlässigkeit vor, wie sie überdies Bund und Kantone zur Koordination verpflichtet. Im Schulwesen sind Eintrittsalter, Schulpflicht, Dauer, Ziele und Übergänge der Bildungsstufen sowie die Anerkennung von Abschlüssen zu harmonisieren.

<http://www.nzz.ch/schweiz/politische-konkordate-funktionieren-1.18408505>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Nachricht anzeigen

Bildung

Lehrplan 21 ist im Landrat umstritten

Gleich zwei Vorstösse wurden am Mittwoch, 22. Oktober, zum Lehrplan 21 eingereicht. Die SVP fordert, dass die Einführung des Lehrplans verschoben wird. Bernadette Arnold möchte, dass die Hauswirtschaft nicht reduziert wird.

Die Schule – respektive der Lehrplan 21 – ist auch im Landrat ein umstrittenes Thema.

Foto: Archiv UW



2017 soll der Lehrplan 21 im Kanton Uri eingeführt werden. So zumindest ist der Plan der Behörden. Bereits 2015 soll mit der Implementierung der Lehrplans begonnen werden. Nun steht die SVP auf die Bremse. Petra Simmen (Altdorf) möchte, dass die Einführung des Lehrplans vorerst verschoben wird. Sie reichte am Mittwoch, 22. Oktober, eine entsprechende Parlamentarische Empfehlung ein. «Viele Inhalte des Lehrplans sind umstritten. Die flächendeckende Einführung ist nicht gesichert», so die SVP-Landrätin.

Kein HarmoS-Kanton

Uri soll deshalb nicht vopreschen, zumal man nicht Mitglied im HarmoS-Konkordat sei, betonte Petra Simmen. «Uri kann betreffend der Umsetzung des Lehrplans autonom und zeitlich unabhängig entscheiden.» Nicht nur die Einführung des Lehrplans soll indes verschoben werden, so die Forderung von Petra Simmen, auch die entsprechenden Weiterbildungen der Lehrpersonen müssten sistiert werden, bis klar sei, wann der Lehrplan 21 in Uri eingeführt werde. Uri soll im weiteren keine Vorbehalte zum Lehrplan anmelden. Der Grund: Uri könne sowieso völlig frei entscheiden, was er übernehme und was nicht, so die Meinung von Petra Simmen.

Keine Schwächung der Hauswirtschaft

Auch Bernadette Arnold (CVP, Bürglen) reichte eine parlamentarische Empfehlung zum Lehrplan 21 ein. Sie möchte erreichen, dass der praktische Hauswirtschaftsunterricht weiterhin im gewohnten Rahmen angeboten wird. Gemäss Lehrplan 21 soll die praktische Hauswirtschaft – etwa das Kochen – nur noch auf der 2. Oberstufe angeboten werden. Das sei faktisch eine Halbierung des praktischen Unterrichts in der Schulküche, da Hauswirtschaft auf der 3. Oberstufe als Wahlfach angeboten wird. Die Einführung des neuen Bereichs Wirtschaft, Arbeit und Haushalt (WAH) führe zu einer Akademisierung und Theoretisierung des Unterrichts.

Mehr zu den Vorstössen in der Ausgabe vom 25. Oktober 2014.

http://www.urnerwochenblatt.ch/aktuelle_ausgabe/nachrichten_details.asp?id=11308



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Beobachter 21, 17.10.14

Sonderpädagogik Kinder in der Korrigiermühle



Sind wirklich so viele Kinder «nicht normal»?

Zu laut, zu ruhig, zu zappelig: Kinder werden heutzutage wegen jeder Auffälligkeit sonderpädagogisch gefördert. Der Nutzen ist unklar, der Schaden aber offensichtlich.

Devin geht in die dritte Klasse. Seit er in der Schule ist, muss er einmal pro Woche in die Psychomotorik-Therapie, grobmotorisch sei er zu wenig fit. Devin ist der beste Fussballer in seinem Klub.

Eine Kindergärtnerin sagt: «Die Logopädinnen kommen in den Chindsgi und testen alle Kinder. Sie nehmen dann die, die sie für therapiewürdig halten. Ob es was nützt, weiss ich nicht, aber ich bin froh, wenn die Schwierigen einen halben Morgen weg sind.»

Sofia ist eine etwas schüchterne Erstklässlerin, wenn sie aber ihre Kolleginnen besser kennt, dreht sie richtig auf. Dreimal forderte letztes Jahr die Kindergärtnerin die Eltern auf, Sofia in die Psychomotorik-Therapie zu schicken, «für ein besseres Selbstbewusstsein». Sofia spielt mit ihren Freundinnen gern Theater und lädt die Nachbarn jeweils zu den Aufführungen ein.

Tom schreibt nicht so schön. Deshalb musste er letztes Semester in die Grafomotorik-Therapie. Die Mutter des Viertklässlers auf die Frage, ob er jetzt schöner schreibe: «Nein, aber das Rumpturnen hat ihm Spass gemacht.»

Erik lispelt ein bisschen, bei s und sch stösst die Zunge an. Die Kindergärtnerin und die Logopädin empfehlen dringend eine Logopädie-Therapie, sonst bekomme er dann in der Schule Probleme. Die Eltern weigern sich, üben daheim ein bisschen mit ihm. Heute spricht der Zweitklässler fast bühnenreif und ist einer der Besten der Klasse.

Elternabend in einem Kindergarten. Eine Mutter fragt, wann denn wieder der Waldmorgen stattfindet. Die Kindergärtnerin antwortet, sie würde ja gern wieder in den Wald mit den Kindern, aber das sei schwierig: «Am Montag haben ein paar Therapie, am Dienstag gehen wir schon ins Turnen, am Mittwoch haben einige Therapie, Donnerstag ginge, am Freitag haben wieder ein paar Therapie.»



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Irritierend ist das Ausmass

Das komplizierte System der Sonderpädagogik

Realität in Schweizer Schulen 2014: Heilpädagoginnen, Logopäden und Psychomotorik-Lehrerinnen geben sich in den Klassenzimmern quasi die Klinke in die Hand. Ein geregelter Schulbetrieb ist so oft kaum möglich. Sitten denn in der Schule nur noch Kinder mit Lern-, Sprach- und Verhaltensproblemen? Sind wirklich so viele «nicht normal»?

Fast alle Kantone vollzogen in den letzten Jahren den Wechsel zur integrativen Förderung. Also zum Grundsatz, möglichst alle Schüler gemeinsam in der Regelschule zu unterrichten. Das führte zu einer Zunahme der Therapien.

Genau erfasst wurde das allerdings nur in Ausnahmefällen, etwa in der Stadt Zürich. 388 Kinder besuchten dort im Schuljahr 2005/2006 eine Psychomotorik-Therapie, im letzten Jahr waren es 526. Logopädische Unterstützung bekamen 1196 Kinder, sechs Jahre später fast ein Drittel mehr, nämlich 1535. Im gesamten Kanton werden 30 bis 40 Prozent aller Schulkinder mit sogenannten niederschweligen sonderpädagogischen Massnahmen unterstützt – wie integrative Förderung oder Deutsch als Zweitsprache.

Dass diese Angebote sinnvoll sind und vielen Kindern helfen, bestreitet im Grundsatz niemand – irritierend sind ihr Ausmass und die oft schwer nachvollziehbaren Mechanismen, nach denen die Unterstützungsleistungen erbracht werden.

Warum sich die Abklärungen so ausbreiten, darüber streiten die Experten. Die einen verstehen es als «Notruf» der Schulen, die mehr Hilfe brauchen, da es oft an genügend Personal fehlt. Andere sagen, die Hemmschwellen der Lehrer seien gesunken, bei einem Kind ein Diagnoseverfahren zu veranlassen – weil das nicht mehr automatisch bedeutet, dass es die Regelschule verlassen muss.

Zudem: Wenn in einer Schule vielen Kindern Förderbedarf zugewiesen wird, braucht es mehr Stellenprozentage dafür. Die Therapeuten wiederum haben ein Interesse daran, ihren «Kundenstamm» hoch zu halten.

«Kinder in die Therapie abgeschoben»

Roberto Rodríguez, Präsident des Zürcher Schulkreises Uto, mit 4500 Schülern der zweitgrösste der Stadt, erklärt die massive Zunahme der Abklärungen mit der «gesteigerten Aktivität von Schulen und Eltern». Lehrer liessen heute sehr schnell Kinder abklären, «weil sie sich dadurch Unterstützung erhoffen».

Ebenso wollen das die Eltern, wenn ihr Kind lispelt, verhaltensauffällig oder langsamer ist als die anderen. «Vor allem Eltern aus bildungsnahen Schichten fordern eine Abklärung, wenn ihr Kind etwas ausserhalb der Norm liegt», so Rodríguez. «Es ist eine Tatsache, dass die «nervenden» Kinder in Abklärungen und Therapien abgeschoben werden.»



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Wie viel? Wie teuer? Wie wirksam?

Es ist unmöglich, die Ressourcen zu überblicken, die heute in der Schweiz für sonderpädagogische Unterstützung eingesetzt werden. 2011 hat der Bund die Verantwortung dafür an die Kantone übertragen.

Fragt man dort nach, wie viele Schulkinder Therapien und Unterstützungsangebote benötigen, sind sich die Antworten ähnlich. Stellvertretend die Stellungnahme aus Bern: «Eine Quantifizierung ist nicht möglich, dazu müsste jede einzelne Schule befragt werden.» In Glarus empfiehlt man sogar, sich direkt an die Therapeutinnen und Therapeuten zu wenden.

Letztes Jahr versuchte der Dachverband der Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH), per Auftragsstudie den Umfang des sonderpädagogischen Grundangebots in den Kantonen zu erfassen – und scheiterte grandios. Fazit: «Mangelnde Transparenz bei praktizierten Modellen und fehlende Mindeststandards bei der Qualität.»

Was der sonderpädagogische Aktionismus die Steuerzahler kostet, lässt sich logischerweise ebenfalls nur schätzen. Die Bildungsdirektion des Kantons Zürich hat versucht, entsprechende Zahlen zusammenzustellen. Demnach kostete die Sonderschulung von 5011 Schülern, meist aufgrund einer Behinderung, im Jahr 2012 rund 380 Millionen Franken. Für die niederschweligen Massnahmen der Sonderpädagogik, die in der von 130'693 Kindern besuchten Regelschule getroffen werden, sind es jährlich geschätzte 220 Millionen. Davon entfällt der Löwenanteil von 90 Millionen auf die integrative Förderung. Die therapeutischen Angebote wie Logopädie, Psychomotorik oder Psychotherapie lassen sich die Zürcher etwa 60 Millionen kosten.

Beachtliche Zahlen mit bedenklichem Hintergrund: Was all die teuren Massnahmen wirklich bringen, wird bis heute kaum untersucht. Hier bestehe ein grosser Nachholbedarf, so Beatrice Kronenberg, Direktorin der Stiftung Schweizer Zentrum für Heil- und Sonderpädagogik. Sie ist mitverantwortlich für die Festlegung der Qualitätsstandards, die das seit 2011 bestehende Sonderpädagogik-Konkordat der Erziehungsdirektorenkonferenz definieren soll.

Sie spricht von einem Tabu: «In der Schweiz haben Wirkungsstudien keine Tradition. Wer nach dem Erfolg von sonderpädagogischen Massnahmen fragt, macht sich schnell unbeliebt.» Im Gegensatz zu anderen Ländern verordne man in der Schweiz gern eine Massnahme und warte erst mal ab, was passiere. Falls die Unterstützung nicht den gewünschten Effekt bringe, sei der Reflex nicht selten, einfach mehr davon zu fordern – statt den Ansatz zu hinterfragen. «Da muss ein Umdenken stattfinden.»



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Interview

«Sie halten sich für dumm»

Die Schule krankt daran, dass alle zur selben Zeit dieselben Ziele erreichen sollen, sagt Kinderarzt Romedius Alber. Er fordert: mehr Gelassenheit, weniger Therapie.



Jegliche Abweichung wird heute als Defizit wahrgenommen»: Kinderarzt Romedius Alber

Beobachter: Sie haben ein Buch über Schulschwierigkeiten geschrieben – und zwar für Kinderärzte. Warum?

Romedius Alber: Die Schule ist für Kinderärzte ein alltägliches Thema. Es vergeht kein Tag in der Praxis ohne ein Kind mit psychosomatischen Symptomen wie Kopf- oder Bauchschmerzen. In 70 Prozent der Fälle ist die Schule die Ursache dafür.

Beobachter: In gewissen Kantonen erhält fast die Hälfte der Kinder sonderpädagogische Unterstützung. Wo hakt es: bei den Kindern oder der Schule?

Alber: Der Grund ist in erster Linie, dass Kinder unterschiedlicher sind, als die Schule erlaubt. Wir leben in einer Welt, die Individualität als grosse Errungenschaft feiert. Gleichzeitig sind unsere Vorstellungen von Normalität äusserst eng und rigid geworden. In der Schule wird das zum Problem. Jegliche Abweichung wird heute als Defizit wahrgenommen. Alle sollen zum selben Zeitpunkt dieselben Ziele erreichen. Als biologisch denkender Mensch weiss ich: Das kann nicht funktionieren.

Beobachter: Wie häufig finden Sie bei den Kindern, die wegen Schulschwierigkeiten zu Ihnen kommen, tatsächlich medizinisch relevante Störungen?

Alber: Die meisten dieser Kinder haben keine Behinderung, sondern entwickeln sich einfach langsamer. Andere haben ein dissoziiertes Entwicklungsprofil, also ungleich verteilte Stärken. Beides ist nicht krank, sondern spiegelt lediglich die biologische Variabilität. Wir sprechen hier von Normvarianten. Konkret heisst das: In einer Gruppe von 100 Kindern gibt es immer 15, die überfordert, und 15, die unterfordert sind. Die Normschule passt also nur für etwa zwei Drittel der Kinder.

Beobachter: Viele Kinder werden heute bereits im Kindergarten in Bewegungstherapien geschickt oder in die Logopädie. Wie sinnvoll ist das?

Alber: Das lässt sich natürlich nur im Einzelfall entscheiden. Hat das Kind tatsächlich eine Entwicklungsstörung, die es im Alltag beeinträchtigt oder seine weitere Entwicklung hemmt? Vermeintliche Bewegungsstörungen oder Sprachfehler sind aber nicht selten Normvarianten – und diese können und sollen nicht therapiert werden. Bei vielen Pädagogen herrscht leider die Meinung, Leistungsdefizite seien fast immer



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

die Folge mangelnden Trainings. Das kann gelegentlich einmal der Fall sein, primär aber sind sie biologisch bestimmt.

Beobachter: Wenns nichts nützt, schadet es nicht...

Alber: Stimmt leider nicht. Wenn ich die Kinder frage, ob sie wissen, warum sie diese oder jene Therapie besuchen müssen, höre ich häufig: «Weil ich dumm bin.» So fördert man kein Selbstvertrauen. Darum rate ich, sehr genau abzuklären, welche Massnahme wirklich sinnvoll ist. Dieselbe Verunsicherung spüre ich bei Kindern, die zum Beispiel in Mathematik straukeln. Man muss nicht gut sein in Mathe, um ein sinnvolles Leben zu leben, aber man muss sich geliebt und anerkannt fühlen. Es gibt ganz viele Menschen auf dieser Welt, die ihr Leben ohne Algebra bestreiten. Viele von uns Erwachsenen tun das. Ein bisschen mehr Gelassenheit wäre im Umgang mit solchen «Defiziten» oft hilfreich.

Beobachter: Zwei Drittel der therapierten Kinder sind Buben. Warum?

Alber: Buben haben ein anderes Temperament. Sie sind erzieherisch häufig anspruchsvoller, widerspenstiger, lebhafter. Das hat wenig Platz in unserer Gesellschaft, in der Kinder daheim und in der Schule fast ausschliesslich von Frauen betreut werden. Ich liebe Frauen, aber ich bin trotzdem klar der Meinung, dass den Buben heute männliche Identifikationsfiguren fehlen und dass das Verständnis für sie in der Schule deutlich höher wäre, wenn sie öfter von Männern unterrichtet würden. Wir Männer gehen nun einmal anders miteinander um – rauer, direkter. Wir regeln die Hackordnung auch einmal über einen körperlichen Wettbewerb. Das ist nicht falsch, nur anders.

Beobachter: Apropos Problemlösung: Unsere Recherchen haben gezeigt, dass kaum überprüft wird, ob angeordnete Therapien überhaupt wirken. Wundert Sie das?

Alber: Nein. Darum ist mir das kritische Hinterfragen des Status quo so wichtig. Wir setzen Millionenbeträge für Therapien ein. Oft ist alles, was wir haben, die subjektive Wahrnehmung einer Lehrperson, Mutter oder Therapeutin, die sagt: «Ich habe das Gefühl, es tut dem Kind gut.» Oder genauso oft: «Ich glaube, das bringt nichts.»

Beobachter: Warum schaut man nicht genauer hin?

Alber: Oft heisst es, der Erfolg solcher Unterstützungsangebote lasse sich kaum messen. Das stimmt nicht, finde ich. Schon die klare Festlegung eines Therapieziels und dessen regelmässige Überprüfung brächte mehr Klarheit. Solange wir aber nur vermuten, ist das Wohlbefinden des Kindes tatsächlich das einzige Kriterium. Wenn es begeistert in eine Therapie geht, ist allein die gute Beziehung zur Therapeutin viel wert. Sieht das Kind aber den Nutzen nicht, rate ich den Eltern, die Übung abzubrechen.

Beobachter: Das klingt einfacher, als es ist. Es braucht Mut, als Eltern etwas zu tun, was zumindest theoretisch die Startchancen des eigenen Kindes mindern könnte.

Alber: Das ist so. Die Angst, etwas zu verpassen, ist allgegenwärtig. Bei Eltern, bei Lehrkräften. Aber manchmal braucht ein Kind Erwachsene, die gelassen bleiben und ihm Zeit und Vertrauen schenken. Wenn ich mich von Eltern verabschiede, weil ein Kind 16 ist und den Arzt wechselt, höre ich oft: «Wir sind froh, dass Sie uns immer wieder beruhigt haben.» Ein Kind muss nicht immer alles können und überall gut sein. Zu erfahren, dass Schwächen und Unfähigkeiten selbstverständlich zum Leben gehören, ist mindestens so wichtig.

Romedius Alber ist Kinderarzt, Begründer der Gemeinschaftspraxis Kunterbunt in Baar ZG und Mitautor des Fachbuchs «Schulschwierigkeiten: Störungsgerechte Abklärung in der pädiatrischen Praxis».

http://www.beobachter.ch/familie/kinder/artikel/sonderpaedagogik_kinder-in-der-korrigiermuehle-1/



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Tagblatt, 24. Oktober 2014, **Lehrplan 21 gibt zu reden**



Moderatorin Monika Lehmann (l.), Michael Fitzi als Vertreter der Kritiker und Ruth Fritschi, Mitglied der Geschäftsleitung des Dachverbands Lehrer. (Bild: Linda Müntener)

Ab dem Schuljahr 2017/2018 soll der Lehrplan 21 eingeführt werden. Doch in immer mehr Kantonen regt sich Widerstand gegen das 557seitige Werk. Auch am Diskussionsabend im Kolumbanszentrum werden Kritiken laut.

RORSCHACH. Ein Heissluftballon, der mit Passagieren in die Luft steigt. Dieses Bild symbolisiert den Lehrplan 21. Ausgewählt hat es Ruth Fritschi, Mitglied der Geschäftsleitung des Dachverbandes Lehrer Schweiz. «Während der Planungsphase wurden viele an Bord geholt – seien es Lehrpersonen oder Schulleiter», sagt sie. Auch Michael Fitzi, Präsident des Vereins Starke Volksschule St. Gallen, findet das Bild passend. «Der Lehrplan 21 besteht aus heisser Luft», sagt er. «Und er ist absturzgefährdet.»

Ab dem Schuljahr 2017/2018 wollen die meisten Kantone den Lehrplan 21 einführen. Doch es macht sich zunehmend Widerstand breit – auch im Kanton St. Gallen. Deshalb haben die CVP-Frauen am Mittwochabend zur Diskussion ins Kolumbanszentrum geladen. Rund 50 Interessierte sind erschienen. «Mehr, als wir erwartet hätten», freut sich Moderatorin Monika Lehmann.

Kritik an Kompetenzen

Der Lehrplan 21 ist der erste gemeinsame Lehrplan für die gesamte Deutschschweiz. «Er soll unter anderem den Harmonisierungsauftrag umsetzen und einen Referenzrahmen für die Entwicklung der Lehrmittel geben», erklärt Ruth Fritschi in ihrem Einführungsreferat. Eine der wohl grössten Änderungen stelle die Kompetenzorientierung dar – vom Kindergarten bis zur Oberstufe. Das heisst: Wissen soll vor allem angewendet werden können. Statt wie bisher



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

wissensbasierte Lernziele werden handlungsbasierte Kompetenzen aufgelistet – 4753 Stück auf 557 Seiten. Genau das löst Diskussionen aus.

«Kompetenz setzt Wissen voraus», sagt Michael Fitzi, der die kritische Haltung an diesem Abend vertritt. Er macht ein Beispiel: «Wenn man die Zusammenhänge der Schweizer Geschichte nicht kennt, nützt einem Wikipedia nichts.» Zudem müsse der Unterricht strukturiert und fördernd sein. Dass «selbstgesteuertes Lernen» im Lehrplan 21 einen Schwerpunkt bilde, mache die Lehrperson zum «passiven Lernbegleiter». Der Vizepräsident der Schule Thal geht noch einen Schritt weiter: «Wenn das so weitergeht, brauchen wir die Schule irgendwann nicht mehr. Dann können alle Kinder zu Hause via Tablet unterrichtet werden.»

Ruth Fritschi relativiert: «Wie viel selbständiges Lernen in einer Klasse möglich ist, gibt der Lehrplan nicht vor. Die Methodenfreiheit bleibt.» Auch Diego Forrer, Kantonsrat und Vertreter der CVP-Themengruppe Bildung, weist die Kritik zurück: «Nach wie vor steht die Beziehung der Lehrperson zum Schüler im Vordergrund», sagt er. «Das Hilfsmittel ist dabei nicht matchentscheidend.» Wissen bleibe wichtig, doch die Welt sei eben komplexer geworden.

«Keine Angst vor Veränderung»

Im Publikum sitzen viele Lehrpersonen. Sie hören aufmerksam zu, der eine oder andere macht sich Notizen. Als Monika Lehmann die Fragerunde eröffnet, schnellen gleich mehrere Hände in die Höhe. Es melden sich Berufsschullehrer, die darüber klagen, dass sie mit ihren Schülern Sekundarschulstoff behandeln müssen. Sie befürchten, dass mit dem Lehrplan ein Bildungsabbau erfolgt und sich dieses Problem verschärft. Junge Lehrpersonen kommen zu Wort, die «keine Angst vor Veränderungen haben», und bereits im Hinblick auf den Lehrplan 21 ausgebildet worden sind. Ein Dozent berichtet, dass selbst Studenten Mühe damit haben, sich selbständig Wissen anzueignen. «Wie soll das denn ein Fünftklässler schaffen?» Und es meldet sich ein Kinderarzt: «Ein Fünftklässler ist aufgrund des Entwicklungsstands seines Gehirns noch nicht in der Lage, selbstgesteuert zu lernen.» Der Arzt kritisiert, dass Kinderärzte nicht in die Erarbeitung des Lehrplans einbezogen wurden. «Ausserdem ist das hier die erste öffentliche Diskussion im Kanton, die ich kenne», sagt er. Tatsächlich scheint noch viel Redebedarf zu bestehen. Denn nach eineinhalb Stunden muss Moderatorin Monika Lehmann die Gesprächsrunde wie angekündigt beenden – obwohl längst nicht alle Votanten zu Wort gekommen sind.

Mit Initiative gegen Einführung

Mitte November präsentiert die Erziehungsdirektorenkonferenz der Deutschschweiz den überarbeiteten Lehrplan 21. Voraussichtlich Ende 2014 soll er freigegeben werden. Dann entscheidet jeder Kanton gemäss eigenen Rechtsgrundlagen über die Einführung. Der Verein Starke Volksschule will dies im Kanton St. Gallen mit der Initiative «Ja zum Austritt aus HarmoS» verhindern. Am 4. November soll die Unterschriftensammlung beginnen.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/rorschach/tb-ot08/Lehrplan-21-gibt-zu-reden:art2889,3997054>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Motion SVP-Fraktion: 42.14.08

«Austritt aus dem HarmoS-Konkordat – Nur noch eine Fremdsprache in der Primarschule

Im Jahr 2008 ist der Kanton St.Gallen dem HarmoS-Konkordat beigetreten. Auf der Basis dieses Konkordates wird im Kanton St.Gallen seit dem Schuljahr 2008/2009 Englisch ab der dritten Klasse und Französisch ab der fünften Klasse unterrichtet.

Die SVP-Fraktion hat bereits in ihrer Interpellation 51.14.18 «Eine obligatorische Fremdsprache auf der Primarstufe» grösste Bedenken gegenüber dieser Regelung geäussert. Zwei Fremdsprachen in der Primarschule sind definitiv zu viel, münden bei einem Grossteil der Schülerinnen und Schüler in einer Überforderung und bringen auch den leistungsstarken Kindern mittel- und länger-fristig nur sehr wenig bis nichts. Ausserdem sind nicht die Sprachkenntnisse beim Übertritt von der Primar- in die Oberstufe von Relevanz. Entscheidend ist einzig, dass per Ende der obligatorischen Schulzeit in beiden Sprachen vergleichbare Kompetenzen erreicht werden können. Um diese Vorgabe zu erreichen, könnte die zweite Fremdsprache in der Oberstufe zur Kompensation auch mit etwas mehr Lektionen als bisher ausgestattet werden. Eine Verschiebung der zweiten Landesprache oder gegebenenfalls anstelle dessen auch des Englisch in die Sekundarstufe I, hätte somit kaum eine Benachteiligung der einen oder andern Fremdsprache zur Folge.

Bevor eine Verlagerung des Französisch- oder allenfalls auch des Englischunterrichts auf die Oberstufe erfolgen kann, muss das HarmoS-Konkordat aufgekündigt werden. Dies zeigt die Antwort der Regierung auf die erwähnte Interpellation. Eine Anpassung des Volksschulgesetzes hingegen wäre gemäss ihren Angaben nicht erforderlich.

Das HarmoS-Konkordat bringt nicht nur entscheidende Nachteile in Bezug auf die Selbstbestimmung im Bereich der Fremdsprachen auf der Primarstufe. Die Mehrheit der deutschsprachigen Kantone ist nicht Teil des Konkordates und diejenigen, die mitmachen, konnten sich nicht einmal auf die wesentlichsten Eckpunkte einigen. Ausserdem geht das Konkordat weit über die in Art. 62 Abs. 4 der Bundesverfassung gestellten Harmonisierungs-Forderungen hinaus und schränkt dadurch die Autonomie der Kantone in unangebrachter Weise ein.

Die Regierung ist zuständig, eine zwischenstaatliche Vereinbarung zu kündigen. Sie tut dies durch einen Regierungsbeschluss. Der Kantonsrat hat eine solche Kündigung zu genehmigen, wenn es sich um eine rechtsetzende Vereinbarung mit wenigstens Gesetzesrang handelt. Er tut dies durch Kantonsratsbeschluss (Genehmigung des Regierungsbeschlusses). Eine Motion kann den Auftrag zum Gegenstand haben, dem Kantonsrat den Entwurf eines Kantonsratsbeschlusses vorzulegen. Die Motionärin lädt deshalb die Regierung ein, dem Kantonsrat die von ihr beschlossene Kündigung des HarmoS-Konkordats zur Genehmigung zu unterbreiten.»

3. Juni 2014 SVP-Fraktion



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

42.14.08 BLD / Motion SVP-Fraktion vom 3. Juni 2014

Antrag der Regierung vom 14. Oktober 2014

Austritt aus dem HarmoS-Konkordat

Nichteintreten.

Begründung:

Die Interkantonale Vereinbarung über die obligatorische Schule (sGS 211.61; nachfolgend Har-moS-Konkordat) regelt nicht isoliert den Sprachunterricht, sondern erfüllt übergeordnet den Auf-trag der Bundesverfassung (SR 101) an die Kantone, auf dem Koordinationsweg das Schulwe-sen bezüglich Schuleintrittsalter, Schulpflicht, Dauer und Ziele der Bildungsstufen sowie Über-gänge zu harmonisieren. Es führt zur Durchlässigkeit des Bildungsraums Schweiz, gewährleistet die Mobilität der Bevölkerung und dient damit auch der Wirtschaft. Das Konkordat erreicht diese Ziele: Die Kantone, die ihm bisher beigetreten sind, repräsentieren drei Viertel der Schweizer Bevölkerung. Der Kanton St.Gallen ist dem HarmoS-Konkordat mit ausdrücklicher Zustimmung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an einer Volksabstimmung beigetreten. Mit dem Beitritt zum HarmoS-Konkordat war zwar für den Kanton St.Gallen ein gewisser Autonomieverlust ver-bunden – dieser war indessen transparent und die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben im entsprechenden Bewusstsein entschieden.

Ein Austritt des Kantons St.Gallen aus dem HarmoS-Konkordat wäre ein Signal gegen die schuli-sche Freizügigkeit unter den Kantonen. Ausserdem wäre er ein Signal gegen die kantonale Schul-hoheit und gegen den Föderalismus: Gelänge die Erfüllung des interkantonalen Koordinationsauf-trags nicht oder würde sie rückgängig gemacht, würde der Bund in die Zuständigkeit der Kantone eingreifen – was die Bundesverfassung ausdrücklich vorsieht – und künftig die Schulentwicklung in der Volksschule bestimmen. Eidgenössisches Schulrecht würde die Kantone schwächen und die Bürgernähe der Schule preisgeben.

Sodann ist an die staatspolitische Bedeutung der Schulharmonisierung zu erinnern. Es trifft zwar zu, dass der Beitrittsstand zum HarmoS-Konkordat in der Deutschschweiz noch lückenhaft ist. In-dessen sind alle Westschweizer Kantone, alle zweisprachigen Kantone und der Kanton Tessin dem Konkordat beigetreten. Diese Kantone haben damit das Bekenntnis zum gemeinsamen Bil-dungsraum Schweiz abgegeben. Insbesondere setzen sie auch das unter den Kantonen ausge-handelte Konzept zum Sprachunterricht um. Eine Verlegung des Unterrichts in der zweiten Landes-sprache auf die Oberstufe ist bei ihnen kein Thema. Sie bevorzugen vielmehr die zweite Landes-sprache als erste, ab der dritten Primarklasse unterrichtete Fremdsprache.

Für die fachlichen Aspekte des Sprachunterrichts ist die Antwort auf die Interpellation 51.14.18 «Eine obligatorische Fremdsprache auf der Primarstufe» vom 6. Mai 2014 zu bekräftigen.



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

42.14.07

Motion SVP-Fraktion:

«Genehmigung des Lehrplans durch den Kantonsrat

Die Bedeutung des Lehrplans für die Volksschule rechtfertigt den Einbezug des Kantonsrats in der Genehmigung des Lehrplans, umso mehr als in Zukunft bedeutende Änderungen anstehen, insbesondere im Rahmen der Einführung des Lehrplan 21.

Bisher hatte der Kantonsrat keine direkte Einflussmöglichkeit auf die Ausgestaltung des Lehrplans, was aus der Sicht des Parlaments nicht sachgerecht ist. Eine entsprechende Änderung des Volksschulgesetzes ist angebracht.

Die Regierung wird eingeladen, das Volksschulgesetz dahingehend zu ändern, dass Änderungen des Lehrplans von der Regierung erlassen und vom Kantonsrat genehmigt werden.»

2. Juni 2014 SVP-Fraktion



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

42.14.07

Antrag der Regierung vom 14. Oktober 2014

Genehmigung des Lehrplans durch den Kantonsrat

Nichteintreten.

Begründung:

Die Verfassung (sGS 111.1) überträgt dem Kantonsrat die Aufgabe, Gesetze zu erlassen. Gesetze legen Rechte und Pflichten fest und enthalten Organisations- sowie Verfahrensrecht. Der Kantonsrat hat im Rahmen seiner Zuständigkeit das Volksschulgesetz (sGS 213.1) erlassen und darin den allgemeinen Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule definiert sowie dem Erziehungsrat als pädagogischer Behörde den Erlass des Lehrplans übertragen, mit Genehmigungsverbehalt der Regierung als Wahl- und Aufsichtsbehörde des Erziehungsrates.

Lehrpläne definieren die Ziele des Schulunterrichts und dienen den Lehrpersonen und Schulbehörden als Planungsinstrument. Sie sind auf die Pädagogik / Didaktik ausgerichtet und heben sich von rechtsetzenden Erlassen ab. Insbesondere taugen sie nicht zum Massstab für die Beurteilung des rechtmässigen oder unrechtmässigen Handelns oder Unterlassens der Lehrpersonen im Unterricht, sondern sie setzen eine Unterrichtsgestaltung durch diese nach pflichtgemäsem, freiem Ermessen voraus. Im Kanton St.Gallen hat der Kantonsrat dieses Ermessen – die Methodenfreiheit im Schulunterricht – im Volksschulgesetz ausdrücklich verankert.

Es besteht kein plausibler Grund, die bestehenden Zuständigkeiten zu ändern.



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

20 Minuten, 24.10.14:

Jeder dritte Gymi-Schüler hat einen zu tiefen IQ

Zu viele Gymi-Schüler seien nur durchschnittlich intelligent und gehörten nicht an eine Mittelschule, sagt Intelligenzforscherin Elsbeth Stern. Sie schlägt IQ-Tests vor.

Mehr als ein Drittel der Schweizer Gymnasiasten haben einen zu tiefen IQ. Dieser Meinung ist die ETH-Intelligenzforscherin Elsbeth Stern. Sie hat stichprobenmässig IQ-Tests an mehreren Gymnasien gemacht. Das Ergebnis zeigt: Jeder dritte Schüler erreicht den theoretischen errechneten Mindestwert von 112,6 nicht.

«In der Schweiz sind auf dem Gymnasium Kinder, die dort nicht hingehören und nur durchschnittlich intelligent sind», sagt sie zum [«Tages-Anzeiger»](#). Zwar könnten auch diese mit Fleiss und Fördermassnahmen im Gymnasium weit kommen, sagt Stern. Doch: «Wer später eine akademische Laufbahn anstrebt, hat danach Probleme.»

«Müssen Gesellschaft maximal etwas zurückgeben können»

Nur rund 20 Prozent der Kinder gehen in der Schweiz aufs Gymnasium. Laut Stern sollen aber nur jene das Gymi machen und später auf die Uni gehen, die der Gesellschaft auch maximal etwas zurückgeben können. «Es ist nicht sinnvoll, wenn ein weniger intelligenter Mensch Arzt wird und ein intelligenterer Arzthelfer.» Für den Patienten sei es andersherum besser.

Aus diesem Grund will Stern zusätzlich zur Aufnahmeprüfung einen IQ-Test einführen. Nicht flächendeckend, sondern in Einzelfällen - mit dem Ziel, versteckte Talente zu finden. «Wenn ein Kind zum Beispiel überdurchschnittlich gut in Mathematik ist, aber aufgrund eines Migrationshintergrunds in Deutsch die erforderlichen Leistungen für den Übertritt aufs Gymnasium nicht schafft», so Stern. Der Einsatz von IQ-Tests sei dann wichtig, wenn auf der Grundlage der Schulleistungen keine Entscheidung über die Schullaufbahn getroffen werden könne, sagt Stern zu 20 Minuten.

«Hochintelligente Fachidioten nützen nichts»

Gisela Meyer Stüssi, Vizepräsidentin des Vereins Schweizerischer Gymnasiallehrer, zeigt sich wenig begeistert von Sterns Aussagen. «Um erfolgreich zu sein am Gymnasium, braucht man nicht nur einen hohen IQ.» Dies zeige eine Studie von Franz Eberle, Professor für Gymnasialpädagogik an der Universität Zürich. Eberle definiere in ihren Augen die Ziele einer Gymnasialausbildung sehr gut: Neben allgemeiner und spezifischer Studierfähigkeit zähle er auch die vertiefte Gesellschaftsfähigkeit dazu. «Das heisst, Gymi-Absolventen müssen in ihrem Leben nach der Matur wichtige Aufgaben innerhalb und für die Gesellschaft erfüllen können», so Meyer Stüssi.

Zu den Voraussetzungen eines Gymi-Schülers gehörten nicht nur Intelligenz, sondern auch persönliche Eigenschaften wie Fleiss und Neugierde. Meyer Stüssi: «Was nützt es denn bitte, wenn wir lauter hochintelligente Fachidioten heranzüchten, die nicht fähig sind, ihren Dienst an der Gesellschaft zu erfüllen?»

«Auch für Mathe braucht es Deutschkenntnisse»



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Auch **Bernard** Bertsch, Präsident des Verbands der Schulleiter Schweiz, kann Sterns Argumentation nicht nachvollziehen. Vor allem stört in das Beispiel des Schülers mit Migrationshintergrund: «Auch wenn er dank seinem Talent in Mathematik mittels IQ-Test ans Gymi könnte, hätte er nachher wegen seinem Mangel an Deutschkenntnissen grosse Probleme.» Selbst in der Mathe müsse er Deutsch lesen können, zudem habe er kaum Chancen die Selektionstests im Fach Deutsch zu bestehen. «Meiner Meinung nach kommen solche Menschen meist weiter, wenn sie eine Berufslehre, die Berufsmaturität oder eine Fachhochschule besuchen», so Bertsch.

Natürlich sei ein hoher IQ ein wesentlicher Aspekt, um erfolgreich durchs Gymnasium zu kommen. «Andere Kompetenzen, wie soziale und emotionale Fähigkeiten, sind aber genauso wichtig.» (tab)

<http://www.20min.ch/schweiz/news/story/28507382>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Kulturschock für Expats an Schweizer Schulen

Da viele internationale Firmen sparen müssen, schicken Expats ihre Kinder zunehmend auf öffentliche statt in private Schulen. Das führt zu Konflikten.

Mary * versteht die Welt nicht mehr. Seit August besucht ihre kleine Tochter im Kanton Zug den öffentlichen Kindergarten. Doch statt dort lesen und schreiben zu lernen, wie das in England üblich ist, bastelt, malt und singt sie. «Es werden praktische und nicht akademische Fähigkeiten gelehrt», schreibt Mary auf der Plattform englishforum.ch, «es ist hier wirklich anders als in England. Von den Kindern wird erwartet, dass sie alleine oder mit Freunden in den Kindergarten laufen. Die Kinder spielen draussen, selbst wenn es stürmt und schneit.»

Rachel* nerviert sich über den «bizarren Stundenplan». Im Vergleich zur Schweiz sind Kinder in England nämlich den ganzen Tag in der Schule. «Für arbeitende Mütter ist die Schweiz nicht gut, denn zum Mittagessen kommen die Kinder nach Hause und am Mittwochnachmittag haben sie frei», schreibt eine andere Mutter. Für Diskussion sorgt auch, dass in der Schweiz keine freie Schulwahl herrscht: «Unterschreibt den Wohnungsvertrag erst, wenn ihr die Schule angeschaut habt. Denn die Schule wechseln kann man nur, indem man umzieht!», schreibt ein Vater.

Henry* macht andere Eltern auf den Übertritt in die Oberstufe aufmerksam: «Die Realschule ist echt krass. Ich nenne es Kinderarbeit. Die Kinder beginnen mit 14 eine Lehre und bekommen schlechte Löhne.»

«Kulturschock für Expats»

Öffentliche Schulen sind zurzeit im Kanton Zug bei Expats ein grosses Thema, bestätigt Stephan Schleiss, Vorsteher der Direktion für Bildung und Kultur. Viele Kinder würden auch unter dem Jahr einen Klassenwechsel vornehmen, was für die Schulen eine gewisse Herausforderung darstelle: «An den internationalen Schulen wird im Sinne der Kundenbindung ganz spezifisch auf die Bedürfnisse der internationalen Eltern eingegangen. Der Wechsel an die öffentliche Schule ist für gewisse mit einem Kulturschock verbunden.»

«Es gibt Expat-Eltern, die wenige Wochen nach Schulstart das Gefühl haben, ihr Kind werde nicht richtig gefördert», sagt Barbara Kurth-Weimer, Präsidentin des Zuger Lehrerverbands. «Wir müssen den Eltern erklären, wie unser Schulsystem funktioniert und Vertrauen aufbauen. Das ist eine Zusatzarbeit für uns Lehrpersonen.» Für viele englische oder amerikanische Expats sei es unverständlich, dass die Kinder zur Schule laufen müssten. «In England geht erstens kaum jemand in die öffentliche Schule und die Kinder werden quer durch die Stadt zur Schule gefahren.» Auch der Schwimmunterricht mache ihnen Angst: «Es gibt Mütter, die begleiten ihre Kinder ins Hallenbad.»

«Auf unsere Regeln hinweisen»

Ein weiterer Streitpunkt sei die im Vergleich späte Einschulung. Man müsse den Eltern auch erklären, warum die Kinder nicht schon mit fünf lesen und schreiben lernen, sondern zuerst die Grundlagen für die Schule erlernt werden. Ebenso wichtig sei die Erweiterung der Sozial- und Selbstkompetenzen. In Einzelfällen wollten die Eltern nicht den offiziellen Elternabend abwarten



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

sondern verlangten gleich nach dem Schulbeginn ein Gespräch unter vier Augen, wie sie sich das von Privatschulen gewohnt sind. «Die Lehrpersonen sollten Eltern darauf hinweisen, dass in der öffentlichen Schule andere Regeln gelten als in den privaten», sagt Kurth-Weimer.

Stark spürbar ist der Trend in den Stadtschulen Zug, sagt Rektor Urs Landolt. Die Zusammenarbeit zwischen Expat-Eltern und Lehrern funktioniert aber gut. Nicht zuletzt auch deshalb, weil an speziellen Infoabenden Expats das Schweizer Schulsystem erklärt werde. Jürg Portmann, Rektor der Schule Walchwil, ergänzt: «Die Expat-Eltern sind oft überrascht, wie gut unsere Schulen sind, obwohl sie gratis sind.» Und Roman Fässler, Rektor der Schule in Oberägeri sagt: «Die Familien, die längere Zeit hier sein werden, lassen sich gerne auf unser Schulsystem ein.» Klärende Gespräche seien aber wichtig, um allfällige Missverständnisse von Beginn weg aus dem Weg zu räumen.

Firmen sparen bei Privatschulen

Einer der Gründe dafür, dass Expats ihre Kinder lieber in öffentliche als in private Schulen schicken, sind die Sparmassnahmen internationaler Firmen: «Vor zehn Jahren bezahlten diese Firmen ihren ausländischen Angestellten noch sogenannte <full packages>. Privatschulen für ihre Kinder wurden bezahlt, ebenso die Wohnungen», sagt Bernhard Neidhart, Leiter Amt für Wirtschaft und Arbeit im Kanton Zug. Nun aber würden diese Leistungen zunehmend gekürzt. «Selbst für einen gut verdienenden Expat ist es teuer, zwei Kindern die Privatschule zu finanzieren. Deshalb entscheiden sie sich dann vermehrt für das öffentliche Angebot.»

Natalie Albrecht, die englischsprachige Ausländer bei ihrem Umzug in die Schweiz berät, stellt fest, dass heutzutage mehr lokale Arbeitsverträge abgeschlossen werden. «Weil sie mehrere Jahre hier leben, wollen sich die Familien besser integrieren und Deutsch lernen. Deshalb schicken sie ihre Kinder in die lokalen Schulen.» Probleme zwischen Expats und Schweizer Lehrern beobachtet Albrecht keine: «Wichtig ist, dass sich die Expats über das Schweizer Schulsystem vorab gut informieren, damit keine falsche Erwartungen entstehen.»

So ist denn auch eine Mutter auf englishforum.ch voll des Lobes: «Das Schweizer Schulsystem steckt voller Möglichkeiten.»

*Namen geändert

<http://www.20min.ch/schweiz/news/story/11894510>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Tagblatt Online, 25. Oktober 2014, Lehrer sind nun doch für neuen Lehrplan

Der Kantonale Lehrerinnen- und Lehrerverband St. Gallen begrüsst den Lehrplan 21. Dies, nachdem er während der Überarbeitungsphase im Umfang reduziert wurde. Anfängliche Befürchtungen scheinen nun verflogen.

ST. GALLEN. Ein zu hoher Leistungsdruck, zu hohe Mindestansprüche an die Schüler, zu viel Fremdsprachenunterricht auf der Primarstufe und eine eingeschränkte Freiheit der Lehrer in ihren Unterrichtsmethoden: Noch im Frühling kritisierte der Kantonale Lehrerinnen- und Lehrerverband St. Gallen den Lehrplan 21.

Jetzt gäbe es die Möglichkeit, ein Zeichen gegen den Lehrplan 21 zu setzen: Mit der lancierten Initiative «Ja zum Austritt aus dem gescheiterten Harnos-Konkordat» des Vereins Starke Volksschule St. Gallen soll dieser verhindert werden. Denn Kantone, die wie St. Gallen dem Harnos-Konkordat angehören, sind verpflichtet, den Lehrplan 21 zu übernehmen.

Umfang angemessen

Doch ausgerechnet vom Kantonalen Lehrerverband können die Initianten nun nicht auf Unterstützung hoffen. «Trotz anfänglicher Schwierigkeiten stehen wir nach wie vor hinter der Idee von Harnos», sagt Präsident Hansjörg Bauer. «Es braucht eine Vereinheitlichung der Lehrpläne.» Positiv zu betonen sei, dass während der Überarbeitung des Lehrplans 21 auf die Kritikpunkte der Lehrpersonen eingegangen worden sei. «Wir hatten den Umfang des Lehrplans mit seinen 4753 aufgelisteten Kompetenzen kritisiert», sagt Bauer. «Jetzt, nachdem 20 Prozent gestrichen wurden, sind wir aber einverstanden.»

Um das zu verdeutlichen, vergleicht ihn Bauer mit dem derzeitigen Lehrplan, der seit 1997 im Kanton St. Gallen gilt. In diesem seien 1025 Grobziele aufgelistet. «Im Lehrplan 21 werden es statt dieser Grobziele 441 Kompetenzen sein, die in rund 1050 Grundansprüche aufgeteilt sind», sagt er. Das sei angemessen.

Zum falschen Zeitpunkt

Die Initiative für den Harnos-Austritt kommt laut Bauer zum falschen Zeitpunkt. Zum einen, da sie die «bereits sehr fortgeschrittene Planung» störe. Zum anderen, weil sie eine Weiterentwicklung der Schule verhindere.

In den Jahren 2015/2016 sollen die Lehrer in Weiterbildungen auf den Lehrplan 21 vorbereitet werden. Eingeführt wird er dann im Jahr 2017/2018.

Freiheit schützen

Kritisiert hatten die Lehrer anfänglich auch, dass sie der Lehrplan 21 in ihrer Freiheit einschränke. Dies weil der neue Lehrplan «von oben herab» vorschreibe, wie und mit welchen Methoden der Unterricht gestaltet werden müsse. «Die Freiheit der



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Lehrperson muss geschützt und gewährleistet sein», sagt Bauer. Doch jetzt nach der Überarbeitung habe man keine Angst mehr, dass dies nicht der Fall sein werde.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/ostschweiz/tb-os/Lehrer-sind-nun-doch-fuer-neuen-Lehrplan;art120094,3998489>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Leserbrief Tagblatt: 25.10.14

Wo steuert die Schule hin?

Als ehemaliger Lehrer (1962–2005) frage ich mich, ob es sich heute noch lohnt, Lehrer zu werden. Ich hatte das grosse Glück, in einer guten Zeit Lehrer gewesen zu sein. Ich habe un-
längst gelesen, man müsse es den Lehrkräften leichter machen. Die Realität aber sieht anders aus. Der Lehrplan 21 verheisst nichts Gutes. Da ist immer noch die Rede davon, in der Primarschule zwei Fremdsprachen zu unterrichten. Aber dagegen regt sich nun glücklicherweise Widerstand. Hoffentlich mit Erfolg. In der Stadt St. Gallen, in der ich mein ganzes Lehrer-Leben lang unterrichtet habe, sind teilweise Doppelklassen in Betrieb. Eine gewaltige Mehrbelastung für die Lehrkräfte. Zum Teil gibt es auch Lohnkürzungen. Ich kann eigentlich den Lehrerinnen und Lehrern nur raten, entsprechend zu reagieren. Nur noch das zu tun, was von ihnen gemäss Berufsauftrag verlangt wird. Aber nichts mehr darüber hinaus. Keine Skilager, keine Landschulwochen, keine Exkursionen, keine Schulkonzerte, keine Begleitung mehr an Sportturniere. Vielleicht lernen so die Verantwortlichen den Lehrerberuf wieder vermehrt zu schätzen.

Christian Zinsli

Oberbotsbergstr. 32, 9320 Flawil



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Tagblatt Online, 26. Oktober 2014, «Nicht im stillen Kämmerlein»



Regierungsrat Stefan Kölliker in einem Schulzimmer der ehemaligen Klosterschule Flade in St. Gallen. (Bild: David Suter)

Der Lehrplan 21 sei zusammen mit vielen Personen aus der Schulpraxis entwickelt worden, sagt der St. Galler Regierungsrat und Bildungschef Stefan Kölliker. Die aktuelle Kritik bezeichnet er als faktenwidrig.

Herr Kölliker, in St. Gallen ist eine Initiative für den Austritt aus dem Harnos-Konkordat lanciert. Es scheint zunehmend Misstrauen gegen den Lehrplan 21 aufzukommen.

Stefan Kölliker: Ich bezweifle das. Wo ist der Beleg dafür? Tatsache ist, dass einzelne Behauptungen verbreitet werden, die zum Teil wirklich abstrus sind.

Es gibt Unklarheiten über den Inhalt des Lehrplans. Haben Sie zu wenig überzeugend kommuniziert?

Kölliker: Nein. Wir werden den Lehrplan Anfang November schweizweit kommunizieren und die Fakten dann erklären. Das ist seit längerem so angekündigt. Es besteht kein Grund, vorzeitig in Hektik zu verfallen. Zumal die Kantone in der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren nichts Verrücktes oder Monströses machen. Sie bauen einfach ein zeitgemässes Fundament für den Unterricht.

Die Initianten befürchten Mehrkosten in Millionenhöhe.

Kölliker: Der neue Lehrplan wird im Kanton St. Gallen nicht mehr Kosten verursachen als der bisherige. Nicht einmal bei der Einführung. Die dafür erforderlichen Weiterbildungen werden im bestehenden Weiterbildungskontingent untergebracht. Auch die Lektionenzahl der Schüler wird dieselbe bleiben. Indirekt beeinflusst der Lehrplan die Lehrmittel. Diese sind aber zum Teil schon angepasst. Der neue Lehrplan ist, abgesehen von der bereits abgeschlossenen Erarbeitung, praktisch kostenneutral.

Einer der grössten Kritikpunkte ist, dass vermehrt auf Kompetenzen statt auf Wissen gesetzt wird. Lehrer befürchten, dass sie dadurch in der Freiheit ihrer Unterrichtsmethoden eingeschränkt werden.



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Kölliker: Das ist Stimmungsmache und faktenwidrig. Die Kompetenzorientierung wird verteufelt, indem ihr viel zu viel Bedeutung im Schulalltag unterschoben wird. Die Lehrpersonen werden doch nicht mit dem Lehrplan, dem Metermass und der Stoppuhr in den Händen vor den Kindern stehen, um das Erreichen der Kompetenzen zu messen. Da werden einfach absurde Vorstellungen verbreitet. Auf die Kritik, dass die Grundansprüche teilweise zu hoch angesetzt worden sind, ist reagiert worden. In der Fassung, die nun verabschiedet werden soll, sind diese angepasst worden.

Über die überarbeitete Fassung des Lehrplans 21 werden Sie die Öffentlichkeit im November informieren. Was ist neu?

Kölliker: Es wurde ja schon mehrmals über den Lehrplan 21 informiert, so vor allem bei der Anhörung des Grundentwurfs. Jetzt läuft die Phase der Bereinigung. Diese steht vor dem Abschluss. Dann ist Zeit, zu informieren. Darüber, was definitiv vorliegt, und wie es umgesetzt wird.

Sie sind zuversichtlich, dass die Kritiker verstummen werden?

Kölliker: Wer sich unbefangen informiert und eine eigene Meinung bildet, gelangt zu einem unverkrampften Verhältnis zum neuen Lehrplan. Was kann an diesem eigentlich so schlimm sein? Wie jeder Lehrplan vor ihm auch, ist er die fachliche Erdung für den von der Lehrperson verantworteten Unterricht. Und das über die Kantonsgrenzen hinweg. Nicht weniger, nicht mehr. Zudem wurde er nicht im stillen Kämmerlein entwickelt, sondern mit Einbezug vieler Personen aus der Schulpraxis.

Angenommen, die Initiative für den Harnos-Austritt käme zustande, was ein Zeichen der Stimmbürger gegen den Lehrplan 21 wäre. Würden Sie diesen trotzdem einführen?

Kölliker: Ja. Erstens weil kein Zusammenhang zwischen Harnos und dem Lehrplan 21 besteht. Und zweitens weil die Bundesverfassung von den Kantonen verlangt, die Ziele der Schulstufen zu koordinieren. Mit dem Lehrplan 21 kann diese föderalistische Hausaufgabe erledigt werden.

Was für Folgen hätte der Austritt aus dem Harnos-Konkordat für St. Gallen?

Kölliker: Das Harnos-Konkordat ist ein gemeinsames Commitment der Kantone für den Bildungsraum Schweiz. Seine Tragweite ist unterschiedlich. Zu gewissen Themen äussert es sich verbindlich, etwa zum Sprachenkonzept. Zu anderen Themen bleibt das Konkordat offen, dazu gehört auch der Lehrplan- und Lehrmittelbereich. Harnos und Lehrplan 21 sind nicht miteinander verschweisst. Das zeigt sich schon darin, dass beim Lehrplan 21 auch Nicht-Harnos-Kantone mitmachen werden.

Welches ist der grösste Vorteil des Lehrplans 21, abgesehen von der Vereinheitlichung?



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Kölliker: Das ist eben doch die parallele Verankerung in allen Kantonen. Sie garantiert, dass die Kinder bei Ortswechselln, die heute viel häufiger sind als früher, nicht die Geprellten sind. Die Mobilität wird stark erleichtert. Davon profitieren auch die Lehrpersonen. Der Inhalt steht für mich eher im Hintergrund, weil die Lehrpersonen im Schulalltag ihre ganze Methodenfreiheit behalten, die Schüler weiterhin mit gesunder Einstellung fördern und gewiss nicht jede Viertelstunde an den Lehrplan denken.

Sie sagen, dass sich im Schulalltag gar nicht viel verändern wird.

Kölliker: Ja. Lehrpläne müssen von Zeit zu Zeit der schulischen und gesellschaftlichen Entwicklung angepasst werden. Der bisherige St. Galler Lehrplan datiert aus dem Jahr 1997, ist also bald 20jährig. Da erträgt es jetzt eine Aktualisierung. Der Lehrplan 21 bringt die Basis der St. Galler Schule auf Vordermann.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/ostschweiz/tb-os/Nicht-im-stillen-Kaemmerlein;art120094,3999751>